

---

## Zum Dialog fähig, zum Konflikt in der Lage

### Gespräch mit Jürgen Peters über IG Metall und Gewerkschaftspolitik\*

---



*Jürgen Peters, geb. 1944 in Bolko/Oppeln, Ausbildung und Tätigkeit als Maschinenschlosser, Studium an der Akademie der Arbeit, Lehrer an der Bildungsstätte Lohr der IG Metall, Tätigkeit im Zweigbüro Düsseldorf der IG Metall, seit 1988 Leiter des Bezirks Hannover der IG Metall, wurde 1998 zum 2. Vorsitzenden und am 31. August 2003 zum 1. Vorsitzenden der IG Metall gewählt.*

---

**Frage: Die IG Metall hat eine schwere Krise durchlebt, hat sie sie auch überstanden?**

**Jürgen Peters:** Ohne Zweifel: Die IG Metall hat schon bessere Zeiten erlebt als die letzten Wochen und Monate. Wir haben kein gutes Bild abgegeben. Das gilt für unser öffentliches Auftreten wie für unsere internen Diskussionen. Es ist zu einer an Schärfe kaum zu überbietenden personalpolitischen Zuspitzung gekommen, die nach innen großen Schaden verursacht hat und nach außen auf Unverständnis gestoßen ist. Um die innere Zerrissenheit zu überwinden und die notwendige politische Handlungsfähigkeit wieder zurück zu gewinnen, haben wir einen Teil des Gewerkschaftstages vorgezogen und die anstehenden Personalentscheidungen getroffen. Berthold Huber und ich haben von den Delegierten den Auftrag erhalten, die Spannungen gemeinsam abzubauen und die IG Metall wieder zu alter Geschlossenheit zu bringen.

Wir haben schon vieles erfolgreich auf den Weg gebracht. Die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder haben in einem fairen und offenen Diskussionsprozess die Aufgaben gerecht untereinander aufgeteilt. Der Vorstand ist wieder voll handlungsfähig. Mit der IG Metall und ihrer neuen Führungsspitze ist wieder zu rechnen. Das ist auch absolut notwendig, denn die großen Herausforderungen, denen sich die IG Metall im Interesse der Mitglieder und der Zukunft des Landes stellen muss, sind mit Händen zu greifen. Die IG Metall kann es sich nicht erlauben, sich durch interne Streitigkeiten weiter politisch zu lähmen. Das wollen weder unsere Mitglieder noch haben unsere Funktionäre Verständnis dafür. Mein Eindruck ist, dass das allen Verantwortlichen inzwischen klar geworden ist. Deshalb: Wir werden die Chance des Gewerkschaftstages in Hannover nutzen und unseren Mitgliedern, unseren

\* Die von der Redaktion schriftlich gestellten Fragen wurden am 25. September 2003 beantwortet.

Funktionären und Funktionärinnen zeigen, dass die IG Metall nach einer schwierigen Phase wieder zu alter Geschlossenheit gefunden hat. Und wir werden der Öffentlichkeit, den Arbeitgebern und der Politik deutlich machen, dass die IG Metall wieder mit Entschlossenheit ihre Stimme in Fragen von Arbeit und sozialer Gerechtigkeit erhebt. Ich jedenfalls werde meinen Teil dazu beitragen, dass es gelingt. Und ich weiss, dass andere ebenfalls dazu bereit sind.

**Die Gewerkschaften insgesamt, und zwar in fast allen Industriegesellschaften, sind zurzeit in einer Schwächephase. Wie kann, wie soll die deutsche Gewerkschaftsbewegung damit umgehen?**

**Jürgen Peters:** Die Beobachtung, dass sich die meisten Gewerkschaften in den entwickelten Industrieländern in einer schwierigen Phase befinden, ist sicher nicht von der Hand zu weisen. Aber die Aspekte, die mit dieser Beschreibung gemeint werden, sind nicht wirklich neu, sondern das Ergebnis eines schon länger andauernden Prozesses, der sich in den letzten Jahren noch zugespitzt hat. Es gibt sicher eine Reihe von Gründen für diese Schwächung der Gewerkschaften. Es gibt objektive Gründe, die heute die kollektive Vertretung von Arbeitnehmerinteressen in einer sich weiter differenzierenden Arbeitswelt und in einer pluralisierten Gesellschaft erschweren. Um nicht missverstanden zu werden: Dieser Wandel bringt nicht nur Gefahren, sondern eröffnet auch Chancen. Und es ist mit ein Erfolg der Gewerkschaften, dass unsere Gesellschaft heute demokratischer, bunter und toleranter ist als früher. Hinzu kommen hausgemachte Probleme, mit denen wir uns herum schlagen müssen. Und es ist auch nicht zu übersehen, dass Teile der Öffentlichkeit und der Politik es scheinbar zu ihrem Anliegen gemacht haben, die Arbeit der Betriebsräte schlecht zu reden und das Engagement der Gewerkschaften mit diffamierenden Äußerungen zu diskreditieren.

Obwohl sich die IG Metall, die anderen Einzelgewerkschaften und auch der DGB in den letzten Jahren in vielerlei Hinsicht und ständig verändert haben, haben wir vielleicht nicht in allen Punkten immer Schritt gehalten mit dem tief greifenden Wandel, der sich in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft vollzogen hat. Aber unrichtig ist die generelle Behauptung, wir würden uns gegen jede Veränderung sperren und ebenso wenig zutreffend ist die Unterstellung, wir hätten keine Konzepte entwickelt, wie mit dem politischen, sozialen und ökonomischen Wandel umzugehen sei. Es mangelt nicht an gewerkschaftlichen Vorstellungen, wie die ökonomische Globalisierung politisch vernünftig gebändigt und wie etwa die Herausforderungen des Sozialstaates sozial gerechter gestaltet werden können. Sicher, wir haben nicht auf alle Fragen abschließende Antworten. Aber viel stärker als unter dem unterstellten Erkenntnis- oder Gestaltungsdefizit leiden wir unter einem Darstellungs- und Vermittlungsproblem.

Das hat Ursachen. Politische Debatten und wissenschaftliche Diskurse werden seit Jahren von neoliberalen Denkmustern und konservativen Argumentationsketten beherrscht. Das hat Auswirkungen auf die Richtung der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung. Hier fällt es den Gewerkschaften immer schwerer, sich gegen Vorurteile zu behaupten oder mit ihren eigenen Ansätzen in der Öffentlichkeit durchzudringen. Natürlich müssen wir auch weiterhin vernünftige Alternativen zu dem ideenlosen Sozialabbau entwickeln, der von allen Parteien vertreten wird. Und wir werden auch weiterhin eigene und gerechtere Lösungen entwerfen, um etwa die finanziellen Möglichkeiten des Staates zu erweitern. Denn

wir wollen weder einen schwachen noch einen schlanken Staat, sondern einen Staat, der seine Aufgaben verantwortungsvoll wahr nimmt und zum sozialen Ausgleich beiträgt. Aber ebenso müssen wir noch härter daran arbeiten, dass wir uns mit diesen Vorstellungen auch in der öffentlichen Debatte Gehör verschaffen.

**Was wird speziell die IG Metall tun, um neue Mitglieder gerade bei Frauen, Jugendlichen, Hochqualifizierten zu gewinnen?**

**Jürgen Peters:** Zunächst einmal: Ich kenne niemanden in der IG Metall, den unsere negative Mitgliederentwicklung kalt lässt und der nicht die großen Herausforderungen sieht, die sich aus dem Mitgliederstrukturproblem ergeben. Fest zu stellen ist: Wir haben es in den letzten Jahren weder geschafft, den Abwärtstrend bei den Mitgliederzahlen nachhaltig zu stoppen oder gar umzukehren, noch haben wir es erreicht, in den Bereichen und Beschäftigtengruppen deutlich stärker zuzulegen, wo wir schon länger gewisse Schwierigkeiten haben. Wir haben viele Anstrengungen unternommen und verschiedene Projekte gestartet, um etwa mehr Jugendliche für die IG Metall zu gewinnen oder noch mehr Beschäftigte aus dem IT-Bereich zu organisieren. Nicht alle Erwartungen konnten erfüllt werden, aber manches lief besser, als von der Öffentlichkeit wahr genommen worden ist. Bei den Auszubildenden haben wir durchaus sichtbare Erfolge erreicht. Die IG Metall-Jugend, das wird häufig vergessen und scheint offensichtlich kaum der Erwähnung wert, ist der mit Abstand größte politische Jugendverband in Deutschland. Auch in einigen Unternehmen, etwa der Informations- und Kommunikationsbranchen, gibt es positive Mitgliederentwicklungen und neue Betriebsräte. Zum Gewerkschaftstag in Hannover legt die IG Metall ihren ersten Gender-Bericht vor. Die Gleichberechtigung der Geschlechter werden wir nicht nur als Arbeitgeber vorantreiben, sondern in unserem gesamten Organisationsbereich zu einer zentralen Zukunftsarbeit machen. Es sind also gute Grundlagen in der Mitgliederbetreuung geschaffen worden, auf deren Basis sich erfolgreich weiter arbeiten lässt.

Wir haben jetzt die strategische Entscheidung getroffen, künftig Betriebs- und Tarifpolitik noch stärker mit Organisationsentwicklung und Mitgliedergewinnung zu verknüpfen. Wir hoffen, dass wir durch eine effektive Betriebs- und eine überzeugende Tarifpolitik unsere Organisationspotentiale noch besser ausschöpfen und neue Mitglieder für eine aktive Beteiligung in der IG Metall gewinnen werden. Das Schwierige ist ja, dass wir einerseits die Gruppen, die stark in der IG Metall verankert sind, unbedingt halten wollen und auch müssen. Und dass wir andererseits auch noch attraktiver für diejenigen werden wollen, die bisher der IG Metall skeptisch gegenüber eingestellt sind. Aus vielen Untersuchungen und Befragungen wissen wir, dass die konkrete Arbeit der IG Metall vor Ort und in den Betrieben viel positiver gesehen wird als sie in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Das ist ein großer Vertrauensbeweis für die praktische Politik, die die IG Metall mit ihren zahlreichen Betriebsräten und Vertrauensleuten leistet. Was uns noch nicht hinreichend gelungen ist, ist, dass sich dieses Vertrauen und diese Zustimmung in wachsenden Mitgliederzahlen nieder schlägt. Es ist Aufgabe der gesamten Organisation, nicht nur der Verantwortlichen in Frankfurt, positive Beispiele in einzelnen Verwaltungsstellen und praktische Erfolge aus verschiedenen Projekten genau auszuwerten und deren Übertragbarkeit oder Generalisierbarkeit zu überprüfen.

Ich bin mir sicher, dass die Frage der Mitgliederentwicklung nicht nur den vielen Verantwortlichen vor Ort auf den Nägeln brennt. Denn die Mitgliederentwicklung ist nicht nur entscheidend für die finanziellen Ressourcen, die uns für unsere gewerkschaftliche Arbeit zur Verfügung stehen. Die Mitgliederentwicklung entscheidet letztlich mit darüber, welche Rolle wir künftig in den betrieblichen Auseinandersetzungen spielen und welche Kraft wir für gesellschaftliche Konflikte aufbringen können. Deshalb bleibt es in der Verantwortung aller, alles dafür zu tun, dass wir nicht weiter Mitglieder verlieren, sondern neue Mitstreiter gewinnen.

**Die IG Metall war innerhalb des DGB seit 1949 häufig Vorreiterin in der Tarifpolitik, einschließlich der Arbeitszeit – sowohl programmatisch als auch praktisch. Wie sehen die kurz- und mittelfristigen tarifpolitischen Perspektiven der IG Metall aus?**

**Jürgen Peters:** Tarifpolitik ist und bleibt das gewerkschaftliche Kerngeschäft. Hier sind wir auch viel erfolgreicher, differenzierter und innovativer als das manche unterstellen, die zwar über Tarifpolitik viel reden, aber wenig davon wissen und noch weniger davon verstehen. Wir haben im letzten Jahr mit dem ERA-Tarifvertrag ein tarifpolitisches Jahrhundertwerk gemeistert, das die unsinnige Teilung in Arbeiter und Angestellte aufhebt und den Veränderungen in der Arbeitswelt und in der Betriebspraxis innovativ Rechnung trägt. Zweites Beispiel: Während andere nur von Qualifizierung reden und verbal mehr Weiterbildung in Sonntagsreden fordern, haben wir konkrete Ansprüche für die Beschäftigten tarifvertraglich geregelt. Und ich will einen dritten Punkt erwähnen: Wir haben eine Reihe tarifvertraglicher Regelungen vereinbart, die es den Betrieben und Unternehmen in schwierigen wirtschaftlichen Situationen ermöglichen, gemeinsam mit den Tarifvertragsparteien nach Lösungen zu suchen, die den Erhalt von Arbeitsplätzen sichern. Und nicht zu vergessen ist, dass wir mit MetallRente einen Weg gefunden haben, die betriebliche Säule der Altersvorsorge zu stärken.

Aber die großen Erfolge der Vergangenheit und die aktuellen Errungenschaften dürfen nicht dazu führen, dass wir uns auf diesen Erfolgen ausruhen. Die bewährte Gestaltungskraft und unsere unbestrittene Handlungskompetenz sind hervorragende Voraussetzungen, um auch die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Das Thema Arbeitszeitverkürzung bleibt in allen Varianten auf der tarifpolitischen Tagesordnung. Das, was etwa Peter Hartz kürzlich unter dem Aspekt der flexiblen Lebensarbeitszeitgestaltung in die Diskussion geworfen hat, ist ein Denkansatz, der der IG Metall nicht fremd ist. Wir werden diesen Ansatz weiter verfolgen und kritisch prüfen. In der ganzen Sozialstaatsdebatte und bei der Reform des Gesundheitswesens kommt mir die Frage viel zu kurz, wie wir Kosten durch präventive Gesundheitsvorsorge reduzieren können. Das ist ein Feld, das wir noch stärker tarifpolitisch beackern müssen. Aber es geht auch darum, „gute“ Arbeit für möglichst alle Beschäftigtengruppen tarifvertraglich zu ermöglichen. Hier spielt sicherlich mehr und mehr eine Rolle, wie wir das Arbeitsleben und die Arbeitsplätze so gestalten können, dass Jüngere wie Ältere und Frauen wie Männer einen guten Job machen können. Das sind nur einige der qualitativen Aspekte, die wir in den Vordergrund der Tarifpolitik stellen werden.

Aber natürlich bleibt es auch Aufgabe einer quantitativen Tarifpolitik, die Menschen fair an dem erarbeiteten Wohlstand teil haben zu lassen. Die Einkommens- und Vermögensver

teilung ist nicht gerecht, sie ist in den letzten Jahren sogar sichtbar ungerechter geworden. Dies können wir nicht vollständig durch Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgleichen. Aber die Tarifpolitik wird auch künftig ihren Teil dazu beitragen müssen, dass es gerechter in diesem Land zugeht. Aber man muss auch vor einer Überforderung warnen. Was uns die Politik durch Sparbeschlüsse, Sozialstaatsabbau und andere Eingriffe nimmt, können wir uns nicht alles durch die Tarifpolitik zurück holen. Ich bin mir sicher: In vielen innovativen tarifpolitischen Fragen wird die IG Metall auch weiterhin Vorreiterin sein. Und es bleibt unser Ehrgeiz, auch zukünftig eine besondere Rolle als tarifpolitische Lokomotive zu spielen.

### **Wie wird die IG Metall mit dem verlorenen Streik in Ostdeutschland umgehen und wie mit der Frage der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland?**

**Jürgen Peters:** Dass wir es im Osten nicht im Flächentarifvertrag geschafft haben, die Arbeitszeit für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie auf West-Niveau anzugleichen, ist eine Niederlage, an der es nichts zu deuteln gibt. Aber in den internen Debatten wie in der öffentlichen Diskussion ist häufig übersehen worden, dass wir das Ziel für den Stahlbereich verwirklicht haben. Außerdem haben wir in einer Reihe von Unternehmen, die nicht den Verbänden angehörten oder ausgetreten sind, Stufenpläne für die Einführung der 35-Stunden-Woche vereinbart und mittels gewerkschaftlicher Kraft durchgesetzt. Jetzt führen wir wieder Gespräche mit den Arbeitgeberverbänden. Das Ziel ist, einerseits die alten Bestimmungen und Regelungen wieder in Kraft zu setzen und andererseits das Tor offen zu halten für die Arbeitszeitverkürzung. Das Thema 35-Stunden-Woche bleibt auf der Tagesordnung.

Auf der Tagesordnung bleibt natürlich auch das Ziel, die Arbeits- und Lebensbedingungen im Osten insgesamt denen im Westen anzugleichen. Was sich die Politik auf ihre Fahnen geschrieben und im Einigungsvertrag geregelt hat, kann doch auch die IG Metall mit gutem Recht für sich in Anspruch nehmen. Die Menschen in den neuen Bundesländern brauchen klare Perspektiven und sie haben auch einen Anspruch darauf, nicht als „Bürger zweiter Klasse“ an den Rand gedrängt zu werden. Schon heute wissen wir, dass gerade viele junge und aktive Menschen die neuen Bundesländer verlassen, weil sie für sich dort keine Zukunft sehen. Dieses Ausbluten führt schon jetzt zu großen sozialen Verwerfungen. Schon in wenigen Jahren werden sich die Probleme zuspitzen, wenn sich eine große Lücke etwa bei den Facharbeitern und dem Arbeitskräftepotential generell auftut. Diese dramatische Entwicklung müssen wir stoppen. Das wird nur funktionieren, wenn die Menschen in den östlichen Bundesländern dort ihre Perspektiven sehen.

Die IG Metall wird ihren Beitrag liefern, damit die Menschen in den neuen Bundesländern eine Zukunft haben. Und Zukunft heißt in erster Linie sichere Arbeits- und gute Ausbildungsplätze sowie gerechte Lebensbedingungen. Wenn Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Gewerkschaften das zusammen nicht hin bekommen, wird sich das Versprechen von gleichen Arbeits- und Lebensbedingungen als eine leere Hülle erweisen. Wir dürfen in dieser Frage von historischer Bedeutung nicht versagen. Das sind wir nicht zuletzt den Millionen Menschen schuldig, die die „friedliche Revolution“ getragen und die Überwindung der Trennung Deutschlands und das Ende der Spaltung in Europa ermöglicht haben.

**Muss sich die IG Metall auch organisatorisch wandeln, um den neuen Herausforderungen zu begegnen?**

**Jürgen Peters:** Der Eindruck ist nicht zutreffend, dass die IG Metall ein statisches Gebilde ist, unfähig zum Wandel und unwillig zur Veränderung. Gewerkschaften sind einerseits sicherlich das Ergebnis von sozialem Wandel und gleichzeitig andererseits auch immer selbst Produzent von Veränderungen. Das trifft nicht zuletzt auch auf die innere Verfasstheit zu. Auch hier haben wir in den letzten Jahren vieles erfolgreich auf den Weg gebracht, organisatorisch wie programmatisch.

Wir hatten einen Organisationsentwicklungsprozess, der mehr nach innen gerichtet war, und haben eine Zukunftsdebatte initiiert, die gewerkschaftliche Orientierung mit gesellschaftlicher Öffnung verbunden hat. Ergebnisse beider Prozesse fließen in die Arbeit der IG Metall ein. Wir haben die Verwaltungsstellen gestärkt, neue Arbeitsformen entwickelt, moderne Konzepte der Beteiligung erprobt. Struktur und Arbeitsweise von Vorstand und Bezirken wurden neu ausgerichtet. Durch politische Planung und finanzielles Controlling wurden Arbeitsprozesse effektiver gestaltet und die Arbeitsorganisation wurde effizienter gemacht. Auf die Qualifizierung des Personals wird mehr Wert gelegt, die Personalentwicklung wurde auf Vordermann gebracht. Wir haben die Mitglieder der GTB und der GHK integriert, und wir haben unsere Bildungsarbeit auf veränderte Herausforderungen eingestellt. Auch betriebs- und tarifpolitisch haben wir neue Themen aufgegriffen und uns neuen Herausforderungen gestellt. Das alles sind Bausteine, die der IG Metall helfen, Mitgliederinteressen wirkungsvoller zu vertreten und ihrer gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Verantwortung gerecht werden zu können. Aber auch hier gilt, was ich schon zu den tarifpolitischen Erfolgen gesagt habe: Wir dürfen uns nicht auf dem Erreichten ausruhen und die Hände in den Schoß legen. Deswegen werden wir den innerorganisatorischen Reformprozess gezielt weiter führen.

Die Debatten der letzten Wochen und Monate haben deutlich gemacht, dass wir uns besonders mit drei Aspekten weiter intensiv beschäftigen müssen. Zum ersten geht es darum, die Interessen der Mitglieder noch deutlicher in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen. Zum zweiten müssen wir Wege finden, um den Ehrenamtlichen stärkeren Einfluss geben zu können. Und schließlich geht es drittens darum, die Arbeit des Vorstandes im Zusammenspiel mit den Bezirksleitungen noch effektiver zu gestalten und die demokratischen Entscheidungsprozesse transparenter zu machen. Das sind aus meiner Sicht die drei entscheidenden Punkte, die die IG Metall in den nächsten Jahren angehen muss. Das alles ist aber kein Selbstzweck, sondern muss dazu dienen, die IG Metall als betriebliche Schutzmacht zu stärken und sie als gesellschaftspolitische Reformkraft weiter zu entwickeln.

**Wie siehst du die Zukunft des DGB in einer sich dynamisch verändernden Gewerkschaftslandschaft?**

**Jürgen Peters:** In der Tat: Die deutsche Gewerkschaftslandschaft hat sich in den letzten zehn Jahren nachhaltiger und stärker verändert als in den Jahrzehnten davor. Einzelgewerkschaften haben fusioniert, die IG Metall hat die Mitglieder der GTB und die der GHK erfolgreich integriert und schließlich ist mit ver.di eine große Dienstleistungsgewerkschaft entstanden, die nicht nur die historische Spaltung mit der DAG überwunden, sondern auch die Größenverhältnisse zwischen den verbliebenen Einzelgewerkschaften und das Beziehungs-

geflecht zum Dachverband nachhaltig verändert hat. Die Gewerkschaften haben sich mehr und mehr zu Multi-Branchen-Verbänden entwickelt. Die Veränderungen in der Gewerkschaftslandschaft tragen dem wirtschaftlichen Wandel und den Veränderungen in der Arbeitswelt Rechnung. Sie haben die deutsche Gewerkschaftsbewegung weder in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen noch in ihrem betrieblichen Aktionsradius geschwächt, sondern sie auf beiden Feldern gestärkt. Das gilt letztlich auch für die gesellschaftspolitische Rolle und die gewerkschaftspolitische Bedeutung des DGB.

Wir brauchen einen starken Dachverband, der in Berlin und in den Regionen als selbstbewusster und akzeptierter Lobby-Verband für die Interessen der Beschäftigten auftritt und seine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit erhebt. Mehr und mehr wird der DGB zusammen mit dem EGB aber auch gefordert sein, der Stimme der Gewerkschaften auf europäischer Bühne deutlicher Gehör zu verschaffen. An der sinnvollen Arbeitsteilung, die sich zwischen DGB und Einzelgewerkschaften längst eingespielt hat, muss grundsätzlich nichts verändert werden. Die unmittelbar mitglieder- und betriebsbezogenen Dienstleistungen und Interessenvertretungen bleiben auch unter den veränderten betrieblichen und ökonomischen Bedingungen die primäre Aufgabe der Einzelgewerkschaften. Hier liegen unsere Kompetenzen und hier gestalten wir verantwortlich mit. Alles, was in politischen Fragen gemeinsam zu bündeln und zu vertreten ist, gehört hingegen zu den Kernaufgaben des DGB. Angesichts der aktuellen Probleme, von den drohenden Eingriffen in die Tarifautonomie über die Einschnitte in den Sozialstaat bis hin zu Fragen einer gerechteren Steuerpolitik, gewinnen die Bereiche an Bedeutung, die eine deutliche Positionierung der Gewerkschaften durch den DGB erforderlich machen. Um in diesen Feldern von der Politik und in der Öffentlichkeit noch deutlicher wahr genommen zu werden, bedarf es allerdings einer besseren Koordinierung und klareren Linienführung seitens des DGB. Aber die Einzelgewerkschaften dürfen sich auch nicht aus der Verantwortung stehlen. Die Aufgabe besteht darin, Diskussionsprozesse im DGB zu initiieren, gemeinsame Entscheidungen vorzubereiten, die gefassten Beschlüsse geschlossen gegenüber der Politik zu vertreten und sie entschlossen in die Öffentlichkeit zu bringen. Angesichts der großen Herausforderungen ist dies keine einfache Aufgabe für den DGB. In dem Vorstoß meines Kollegen Schmoldt von der IG BCE, jährlich den DGB-Vorsitz zwischen den Chefs der Einzelgewerkschaften rotieren zu lassen, sehe ich allerdings keine wirkliche Perspektive, die Rolle des DGB in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung zu stärken.

Ich sehe hingegen noch ein weiteres Feld, auf dem der DGB auch künftig gefordert und gebraucht wird. Unsere Aufteilung nach Wirtschaftsbereichen und Branchen hat sich als zentrales Kriterium für die Organisationszuständigkeit der Gewerkschaften bewährt. Die Überschneidungen werden aber aufgrund der strukturellen Veränderungen in und zwischen den Branchen tendenziell zunehmen. Die Regeln und Verfahren, die gefunden und vereinbart worden sind, müssen von den Einzelgewerkschaften anerkannt werden. Gibt es Streitigkeiten oder Unklarheiten, hat der DGB zu entscheiden und darauf zu achten, dass sich seine Entscheidung auch in der Praxis bewährt. Wünschenswert ist darüber hinaus, dass der DGB über neue Formen der Kooperation nachdenkt, damit wir den Strukturwandel organisationspolitisch wirksamer begleiten können. Auch hier gilt: Der DGB garantiert die Regelungen und zeigt sich im Zweifelsfall dazu bereit, sie auch gegen ein Mitglied durchzusetzen. Zusammengefasst: Nach meiner Auffassung sind ein starker DGB einerseits und gestärkte Einzelgewerkschaften andererseits kein Widerspruch. Es stellt vielmehr eine politisch sinnvolle Arbeitsteilung und notwendige gegenseitige Ergänzung dar, die sich in der politischen Praxis bewährt und deshalb auch Zukunft hat.

**Das Verhältnis der Gewerkschaften und der IG Metall zur sozialdemokratisch geführten Bundesregierung ist angespannt. Welche Perspektiven gibt es? Werden sich die Beziehungen durch Dialoge wieder verbessern oder setzt die IG Metall auf Konflikte, etwa in der Frage der sozialpolitischen Auseinandersetzung?**

**Jürgen Peters:** Viele Menschen, nicht nur Gewerkschaftsmitglieder, sind enttäuscht von dem Kurs, den die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung nach den Wahlen im Herbst 2002 eingeschlagen hat. Wir bestreiten nicht, dass dieses Land gewichtige Probleme hat und dringend Reformen braucht. Aber entscheidend ist, ob Reformen sozial gerecht, ökonomisch sinnvoll und politisch vertretbar sind. Weil wir bei vielen aktuellen Vorhaben hinsichtlich dieser Kriterien erhebliche Zweifel haben, lehnen wir sie ab. So genannte Reformen, die die Lasten einseitig verteilen, die die Binnenkonjunktur weiter lähmen und die erkennbar nicht zu einem Arbeitsplatzaufbau führen, sind mit uns nicht zu machen. Deswegen ist die Frage nach Dialog oder Konflikt ja auch nie zu trennen von den dahinter stehenden Politikansätzen. Selbstverständlich wird es auch weiterhin vielfältige Gespräche und zahlreiche Kontakte mit Parteien und Regierungen geben. Immer mit dem Ziel, unsere Ansichten zu Reformvorhaben zu vermitteln und für unsere Vorstellungen zu werben. Aber ebenso selbstverständlich bleibt, dass wir in der Lage sein müssen, die Konflikt-Karte zu ziehen, wenn wir über andere Wege nicht weiter kommen. Es wäre fatal, wenn sich Gewerkschaften auf betriebs- und tarifpolitische Fragen zurück zögen. Das ist nicht das Bild, das ich von aktiven und sich politisch verstehenden Gewerkschaften habe. Wir brauchen Gewerkschaften, die sich in gesellschaftspolitische Fragen intensiv einmischen.

Und dabei stellen wir immer wieder und immer deutlicher fest, dass uns die SPD als verlässliche Partnerin wegbricht. Das ist ein Problem für uns und bringt auch die Sozialdemokraten in zusätzliche Schwierigkeiten. Ich erwarte nicht, dass die SPD Beschlüsse von Gewerkschaftstagen eins zu eins in Politik umsetzt und zu Gesetzen macht. Da sind wir ehrlich und räumen ein, dass uns das selbst nicht immer in der eigenen Organisation gelingt. Aber was wir als Gewerkschaften von der SPD erwarten, ist, dass sie keine Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung macht und die Interessen der Beschäftigten „links“ liegen lässt. Wenn sie es dennoch tut, soll sie bitte nicht erwarten, dass wir als Gewerkschaften Beifall klatschen. Die Mitglieder zahlen keine Beiträge dafür, dass wir zu allem „Ja“ sagen, was die SPD will und die Bundesregierung macht. Es liegt also in erster Linie an der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, wie sich das Verhältnis zwischen uns und ihr entwickelt. Für konstruktive Gespräche und eine bessere Politik sind wir jederzeit zu Gesprächen bereit und zum Dialog fähig. Aber wenn sie an ihrem falschen Kurs fest hält, sind wir auch zum Konflikt in der Lage.